

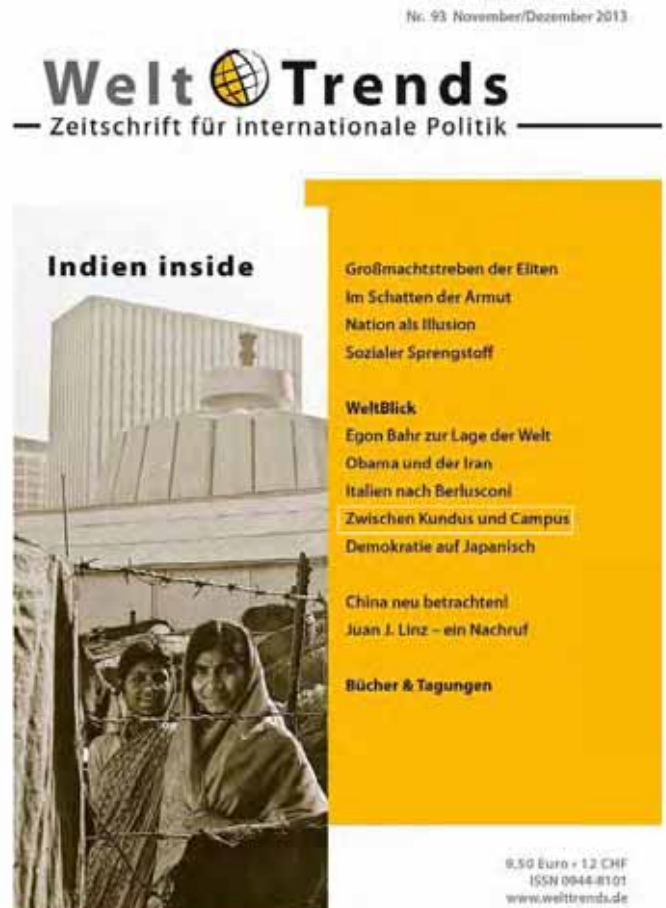
Zweimal „WeltTrends“ Analysen Peer Heinelt zu außen- und militärpolitischen Aspekten in der Linkspartei 5.1.14

<http://welttrends.de/res/uploads/WeltTrends-93-Indien-Inhalt-Zusammenfassung.pdf>

Die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und die Rolle der Universitäten

Die von Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) am 18. Mai 2011 verkündeten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“¹ bilden dem Dokument zufolge die „verbindliche Grundlage für die Konzeption der Bundeswehr“. Die Streitkräfte werden hier als „unentbehrliches Instrument“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnet, das für den Einsatz „im gesamten Intensitätsspektrum“ zur Verfügung stehen müsse; die „Befähigung zum Kampf“ sei dabei der „Maßstab für die Einsatzbereitschaft“. Zur Begründung wird auf vielfältige „Risiken und Bedrohungen“ für die Sicherheit Deutschlands verwiesen. Diese ergäben sich „aus zerfallenden und zerfallenen Staaten, aus dem Wirken des internationalen Terrorismus, terroristischen und diktatorischen Regimen, Umbrüchen bei deren Zerfall, kriminellen Netzwerken, aus Klima- und Umweltkatastrophen, Migrationsentwicklungen, aus der Verknappung oder den Engpässen bei der Versorgung mit natürlichen Ressourcen und Rohstoffen, durch Seuchen und Epidemien ebenso wie durch mögliche Gefährdungen kritischer Infrastrukturen wie der Informationstechnik“. Gekämpft werden soll im Dienste „nationale(r) Interessen“, insbesondere um „Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf Distanz zu halten“ und „einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen“. Da Krisen und Konflikte wiederum „jederzeit kurzfristig und unvorhergesehen auftreten“ und „Zugangsbeschränkungen“ zu Rohstoffen „konfliktauslösend wirken“ könnten, sei mitunter „schnelles Handeln auch über große Distanzen“ in „geographisch entfernten Regionen“ erforderlich. Kurz: Potentielles Einsatzgebiet der Bundeswehr ist die ganze Welt.

Die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) von 2011 sind Ausdruck eines tiefgreifenden Paradigmenwechsels, der bereits kurz nach dem Ende des Kalten Krieges einsetzte und die „Transformation“ der Bundeswehr von einer Streitmacht der Landesverteidigung in eine global agierende Interventionstruppe respektive eine „Armee im Einsatz“ einleitete. Schon die VPR von 1992² bezeichneten das deutsche Militär als „Instrument“ zur „Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können“ und sahen seine Aufgabe in der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Die vom seinerzeitigen Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) 2003 verkündeten VPR³ erklärten apodiktisch,



1 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) – Der Bundesminister: Verteidigungspolitische Richtlinien. Nationale Interessen wahren – Internationale Verantwortung übernehmen – Sicherheit gemeinsam gestalten. Berlin, 18.05.2011

2 BMVg: Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Bonn, 26.11.1992

3 BMVg: Verteidigungspolitische Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung. Berlin, 21.05.2003

dass sich „Verteidigung“ heutzutage „geographisch“ nicht mehr „eingrenzen“ lasse, weshalb die Bundeswehr „zur Wahrung unserer Sicherheit“ beitragen müsse, „wo immer diese gefährdet ist“. Weiter hieß es: „Die deutsche Wirtschaft ist aufgrund ihres hohen Außenhandelsvolumens und der damit verbundenen besonderen Abhängigkeit von empfindlichen Transportwegen und -mitteln zusätzlich verwundbar“. Nahezu identische Aussagen finden sich im 2006 von der damaligen schwarz-roten Bundesregierung verabschiedeten „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“.⁴ Auch hier werden die bundesrepublikanischen Streitkräfte als „Instrument deutscher Sicherheitspolitik“ bezeichnet, das den ungehinderten „Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen“ weltweit ebenso gewährleisten soll wie die Abwehr von „Terroristen“, „illegaler Migration“ und global grassierenden „Pandemien“.

Zur Bewältigung ihrer neuen Aufgaben, die neben dem Führen von Interventionskriegen (Jugoslawien) auch das Ausüben von Besatzungsherrschaft beinhalten (Kosovo/Afghanistan), greift die Bundeswehr verstärkt auf die an deutschen Hochschulen akkumulierte Expertise zurück. So richten Rüstungsunternehmen an den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fachbereichen ziviler Universitäten „Stiftungsprofessuren“ ein; unter Mitwirkung der Bundeswehr-Hochschulen entstehen hier „zivil-militärische“ Forschungsverbünde und „Exzellenzcluster“ – etwa zur Entwicklung unbemannter Land- und Luftfahrzeuge (Drohnen). Sozialwissenschaftliche Forschungszentren wie der Sonderforschungsbereich 700 der Freien Universität Berlin, die Arbeitsstelle Interventionskultur der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und das Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg befassen sich mit der Optimierung aktueller und künftiger Militäroperationen durch Einbeziehung ethnologischer und kulturanthropologischer Erkenntnisse. Um die Behandlung durch Kriegseinwirkung traumatisierter und schwer verletzter Soldaten zu verbessern, bilden Krankenhäuser der Bundeswehr und zivile Universitätskliniken sogenannte Wirkverbünde, die sowohl den Austausch von Personal als auch gemeinsame Bildungs- und Forschungsprojekte beinhalten. An Lehrstühlen für Betriebswirtschaft tätige Fachleute für Personalmarketing leisten den Streitkräften Hilfestellung bei der Nachwuchswerbung, die durch das Aussetzen der Wehrpflicht und den Umbau der Bundeswehr zur Freiwilligenarmee notwendig geworden ist. Eine Studie der Informationsstelle Militarisierung (IMI) in Tübingen listete schon 2009 60 zivile deutsche Hochschulen auf, an denen sich Wissenschaftler mit „wehr- und sicherheitstechnischen“ oder „wehrmedizinischen“ Fragestellungen befassen.⁵ In den Jahren 2007 bis 2012 vergab das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) nach eigenen Angaben insgesamt rund 170 Forschungsaufträge mit einem Volumen von mehr als 35 Millionen Euro an zivile Universitäten.⁶ Allein in diesem Jahr erhalten 26 zivile Hochschulen und Fachhochschulen Zuwendungen des BMVg in Höhe von 4,8 Millionen Euro.⁷

Die besagten Forschungsprojekte haben insbesondere das Ziel, sowohl die Kampfkraft der Truppe als auch deren „Durchhaltefähigkeit“ auf fremdem Territorium zu steigern. Geschehen soll dies nicht zuletzt durch die Auswertung bisheriger Militäroperationen und die Analyse dabei zu Tage getretener „Versäumnisse“. Als paradigmatisch hierfür kann eine Anfang dieses Jahres abgeschlossene Studie des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel (ISPK) gelten, die sich mit Fragen der Aufstandsbekämpfung (Counterinsurgency) befasst.⁸ Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die „Lehren“, die nach Auffassung des Autors aus dem Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu ziehen sind. So wird etwa die „politisch verordnete Zurückhaltung“ bei der Bekämpfung der am Hindukusch aktiven Widerstandsbewegungen moniert, da diese dafür gesorgt habe, dass die Aufständischen „buchstäblich vor den Augen deutscher Kräfte große Teile der Provinz Kunduz unter ihre Kontrolle bringen konnten“. Wären stattdessen „frühzeitig entschlossene Gegenmaßnahmen“ erfolgt, hätte der sich entwickelnde Aufstand „im besten Falle im Keim erstickt“ werden können, heißt es. Wie die geforderten „Gegenmaßnahmen“ auszusehen haben, wird auch gesagt. Als eines der „wirksamsten Instrumente“ zur Bekämpfung eines Aufstandes (Insurgency) gilt dem Autor die „Enthauptung“ von Widerstandsgruppen („Decapitation“) durch die „Ausschaltung von bedeutenden Führern“. Entsprechende Aktionen der westlichen Interventionstruppen sollen der Studie zufolge in eine Strategie der „Abschreckung durch Bestrafung“ („Deterrence by Punish-

4 BMVg: Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. Berlin 2006

5 Sarah Nagel: Hochschulen forschen für den Krieg. IMI-Studie, Nr. 7, 2009

6 Vgl. Krieg an Universitäten. Militärforschung bringt Hochschulen Millionen; www.handelsblatt.com 30.07.2013 (abgerufen am 03.10.2013)

7 Bundestagsdrucksache 17/14706 v. 05.09.2013, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/147/1714706.pdf>

8 Robin Schroeder (Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel): Counterinsurgency. Erfahrungen, Strategien und Aussichten unter besonderer Berücksichtigung des ressortübergreifenden Ansatzes (Abschlussbericht). Kiel, 30.01.2013

ment“) eingebettet werden; durch permanente Repression müsse „das alltägliche Risiko für die Aufständischen selbst so erhöht werden, dass es für potentielle Rekruten definitiv keinen Sicherheitsgewinn bringt, sich der Insurgency anzuschließen“.

Im Folgenden wendet sich der Autor scharf gegen die „international weit verbreitete Annahme, dass Stabilität nur durch die sich gegenseitig stärkende Wechselwirkung von Sicherheit und Entwicklung entstehen kann“ – freilich ohne sich völlig von den Konzepten der Bundesregierung zu verabschieden, die unter den Bezeichnungen „vernetzte Sicherheit“ respektive „ressortübergreifender Ansatz“ bekannt geworden sind und die enge Verzahnung von Außen-, Militär- und Entwicklungspolitik meinen. So können seiner Ansicht nach Entwicklungsprojekte durchaus „eine gewisse Akzeptanz für die Präsenz von Sicherheitskräften schaffen“ und der Bevölkerung „demonstrieren, dass friedliches Verhalten einen Mehrwert hat“. Gleichzeitig erscheinen ihm insbesondere infrastrukturelle Maßnahmen wie der Bau „befestigte(r) Straßen und Brücken“ geeignet, eine „schnellere und sicherere Bewegung“ der Interventionstruppen zu gewährleisten. Indes sei „humanitäre Hilfe“ in „Räumen, die faktisch von Aufständischen kontrolliert werden“, zu unterlassen, da solche Projekte von Widerstandsgruppen „mittelbar oder unmittelbar als eigene Leistungen“ deklariert werden könnten.

Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, dass sich der Leiter des ISPK, Joachim Krause, vehement gegen die an etlichen deutschen Universitäten anzutreffenden Bestrebungen wendet, die jeweilige Hochschule ausschließlich auf friedliche und zivile Zwecke zu verpflichten. Wie Krause in einem unlängst publizierten offenen Brief schreibt, sei eine solche „Zivilklausel“ nichts anderes als eine „politische Mogelpackung“, die das Bekenntnis zum Frieden lediglich vorschiebe, um „wissenschaftliche Kontakte mit der Bundeswehr oder der wehrtechnischen Industrie zu diskreditieren und zu unterbinden“. Seiner Ansicht nach geht es den meist „linksextremen“ Befürwortern von „Zivilklauseln“ letztlich darum, „politisch motivierte Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre“ zu erreichen, wobei sie nicht einmal vor „Gesinnungsschnüffelei“, der „gewaltsame(n) Störung von Seminaren“ oder dem „Mobbing von Dozentinnen und Dozenten“ zurückschrecken. Dies wiederum sei „für eine freie Universität in einer demokratischen Gesellschaft völlig inakzeptabel“.⁹

Der von Krause und anderen Autoren aus dem rüstungs- und militärraffinen Spektrum vertretenen Auffassung, „Zivilklauseln“ stellten einen Angriff auf die grundgesetzlich garantierte Wissenschaftsfreiheit dar, kann in zweierlei Hinsicht widersprochen werden – zum einen juristisch, zum anderen philosophisch. Der Rechtswissenschaftler Erhard Denninger etwa betont in seiner Argumentation die „Friedensfinalität“ der deutschen Verfassungsordnung, die den Charakter eines „Staatsziels“ habe: „Die Friedensfinalität ist ein hochrangiges, unmittelbares Verfassungsrechtsgut, das, ausgedrückt in einer Zivilklausel, gegen die auf militärische Relevanz ausgerichtete Forschung in Anschlag gebracht werden kann.“¹⁰ Grundsätzlich wäre Krause et al. mit einem Rekurs auf Marcuses Essay über „repressive Toleranz“ zu antworten. Laut Marcuse schließt „Denkfreiheit“ den „Kampf gegen Unmenschlichkeit“ ein und damit auch die „Intoleranz gegenüber wissenschaftlicher Forschung ... , die im Interesse tödlicher 'Abschreckungsmittel', des Ertragens unmenschlicher, abnormer Bedingungen usw. erfolgt“.¹¹ Ob „Zivilklauseln“, die mittlerweile an vierzehn deutschen Hochschulen implementiert wurden, geeignet sind, den Kampf für Denkfreiheit und gegen Unmenschlichkeit zu befördern, wird sich zeigen – ein wenig Sand im Getriebe einer ausufernden Militär- und Kriegsforschung im Dienste der weltweiten Durchsetzung „nationaler Interessen“ sind sie allemal.

Peer Heinelt

9 Joachim Krause: Zivilklausel - Nein Danke! Warum ich gegen „Zivilklauseln“ an deutschen Universitäten bin; www.ispk.uni-kiel.de (abgerufen am 06.10.2013). In der ursprünglichen Fassung seines offenen Briefes stellte Krause sogar eine Analogie zwischen den Aktivitäten der Zivilklausel-Anhänger und antisemitischen Maßnahmen des NS-Regimes her: Die von ersteren in Bezug auf Rüstungsindustrie und Bundeswehr geforderten „Kooperations- und Kontaktverbote“ erinnerten ihn „fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren“, hieß es. Der Text kann im Internet unter linksunten.indymedia.org/node/90126 abgerufen werden.

10 Erhard Denninger: Zivilklausel und Wissenschaftsfreiheit des Grundgesetzes: Was ist möglich? In: Thomas Nielebock et al. (Hg.): Zivilklauseln für Forschung, Lehre und Studium. Hochschulen zum Frieden verpflichtet. Baden-Baden 2012, S. 74

11 Herbert Marcuse: Repressive Toleranz. In: Robert Paul Wolff et al.: Kritik der reinen Toleranz. Frankfurt a. M. 1966, S. 112

Linke Krieger

Wie die Linkspartei sich außen- und militärpolitisch koalitionsfähig macht. Von Peer Heinelt

Wer den Kapitalismus im großen und ganzen für eine gute Sache hält, darf beim militärischen Krisenmanagement nicht abseits stehen. Letzteres schließt selbstverständlich die Bekämpfung der am Horn von Afrika aktiven somalischen Piraten ein, fügen sie dem internationalen Handel doch schweren Schaden zu. Nicht auszudenken, was passieren würde, bliebe hierzulande aufgrund der Freibeuterei tatsächlich einmal das eine oder andere Supermarktregal leer. Die Kriegsmarine der Bundeswehr hat ein solches Horrorszenario bereits zu einem Werbespot verarbeitet, in dem eine fassungslose deutsche Mutter und ihr ebenso fassungsloses Kind die mangelnde Sicherheit der Weltmeere mit dem Verzicht auf Bananen büßen müssen. Für Gerry Woop, bis 2012 Mitglied im Bundesvorstand der Linkspartei, ist diese Vorstellung gleichfalls unerträglich, wie er in dem von ihm und seinem Genossen Stefan Liebich herausgegebenen Buch *Linke Außenpolitik. Reformperspektiven* schreibt: »Auch aus linker Sicht sollte es normal sein, daß man in internationalen Gewässern... sicher Schiffe fahren lassen kann, die ... übliche Waren aus unser aller Handelsaustausch oder Lebensmittel aus dem Welt-ernährungsprogramm transportieren.« Seeräuber mittels Militär unschädlich zu machen sei daher eine »quasi polizeiliche Aufgabe«, erklärt Woop – selbst wenn es sich bei ihnen um vormalige Fischer handelt, die von europäischen Fangflotten und Giftmüllentsorgern systematisch ihrer Lebensgrundlagen beraubt wurden.

Gegen derlei Raubzüge vorzugehen wäre allerdings womöglich mit Wohlstandseinbußen westlicher Metropolenbewohner verbunden, weshalb sich die Autoren des Bandes lieber mit den Symptomen der Krise des Kapitals befassen als mit dessen zerstörerischer Akkumulationsdynamik. Ein solcher Ansatz bietet zudem weitere Vorteile: Man wird koalitions-, respektive regierungsfähig und darf dann endlich daran mitwirken, daß Deutschland wieder die »seiner Größe und internationalen Bedeutung« entsprechende Rolle in der Weltpolitik spielen kann. Voraussetzung hierfür ist lediglich die Bereitschaft, sich an »internationalen Militäreinsätzen« zu beteiligen, die zwar imperialistischen Motiven geschuldet sein mögen, aber dennoch dem Wohl der Menschheit dienen, wie Paul Schäfer in seinem Beitrag zu berichten weiß. Der begnadete Dialektiker, auf dessen Dienste als verteidigungspolitischer Sprecher die Linksfraktion im Bundestag künftig leider verzichten muß, fragt rhetorisch:

Könnte es nicht sein, daß solche Einsätze durchaus von bestimmten Interessen der Kapitalverwertung und politischen Einflußerweiterung geleitet sind und dennoch zur Versorgung und Rückkehr von Flüchtlingen, zur Rettung Hunderttausender Menschenleben und zur Deeskalation von Gewalt beitragen? Daß also auch bestimmten Teilen des bürgerlich-kapitalistischen Blocks an einem friedlichen Umfeld und stabilen politischen Verhältnissen gelegen ist? Daß Staatszerfall ein Störfaktor bei der Herstellung des Weltmarktes ist, dem man zu begegnen sucht? Kann es daher partiell und temporär vielleicht sogar eine Interessenübereinstimmung geben, weil auch wir das Ziel verfolgen, gesellschaftliche und politische Verhältnisse zu fördern, in denen die zivile Austragung von Interessenwidersprüchen überhaupt erst wieder möglich wird?

Daß der Weltmarkt sich mittlerweile bis in den hintersten Winkel der Erde erstreckt, ignoriert Schäfer ebenso standhaft wie die Tatsache, daß Bürgerkriege und Staatszerfall dem Versuch der Habenichtse des globalen Südens geschuldet sind, an dessen vermeintlichen Segnungen weit stärker zu partizipieren, als ihnen von metropolitanen und nationalen Eliten zugestanden wird.



Blendet man diesen Zusammenhang aus, erscheint kapitalistisches Krisenmanagement mittels Interventionskrieg plötzlich als »imperialer Liberalismus«. Dem Beitrag von Gabriele Kickut zufolge bezeichnet der Terminus eine staatliche Strategie, bei der »liberale politische Ziele auch unter Einsatz militärischer Gewaltmittel oder durch den Aufbau hegemonialer Strukturen verfolgt werden«. Genau hierin erblickt die stellvertretende Direktorin des Zentrums für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Räume für gemeinsame Politikansätze« mit den USA im Rahmen einer »Konzeption transatlantischer Aspekte linker Außenpolitik«. Übernommen hat sie den Begriff von Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel. Befaßt sich Krause nicht gerade mit der Effektivität der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan, betätigt er sich gerne als Streiter gegen »Zivilklauseln«, durch die sich mittlerweile etliche deutsche Hochschulen verpflichtet haben, auf eine Zusammenarbeit mit Militär und Rüstungsindustrie zu verzichten. Laut der ursprünglichen Fassung eines von ihm lancierten offenen Briefes, die nach wie vor unwidersprochen im Internet abgerufen werden kann, erinnern ihn »Kooperations- und Kontaktverbote« dieser Art »fatal an Zeiten, in denen Universitäten in Deutschland nicht mit Menschen oder Institutionen kooperieren durften, weil diese jüdisch waren«.

Auch Herausgeber Liebich, der für die Linkspartei im Bundestag sitzt, huldigt höchst dubiosen Vorbildern. So bezeichnete er etwa in einer seiner im Buch abgedruckten Plenarreden den vom Auswärtigen Amt beschlossenen »Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« lobend als »wichtiges Instrument deutscher Außenpolitik«, das »maßgeblich von der Zivilgesellschaft bestimmt« sei. Es erinnert an Roßtäuscherei, was Liebich hier unter dem Beifall seiner Genossen zum besten gab, sieht der besagte »Aktionsplan« doch die Forcierung der »zivil-militärischen Zusammenarbeit« auf allen Ebenen, mithin also die Militarisierung der deutschen Außenpolitik vor:

Die Erfahrungen in Bosnien, Ost-Timor, Afghanistan oder Mazedonien zeigen ..., daß militärische Mittel als Instrument von Krisenprävention und Krisenmanagement notwendig sein können, um die gewaltsame Austragung von Konflikten zu verhindern beziehungsweise zu beenden oder um erst die Bedingungen zu schaffen, unter denen den Konfliktursachen mit zivilen Mitteln begegnet werden kann. Krisenprävention erfordert daher ... eine enge Zusammenarbeit von zivilen und militärischen Komponente im Rahmen eines Sicherheitskonzepts, das politische, diplomatische, wirtschaftliche, humanitäre und militärische Mittel einschließt.

Es verwundert vor diesem Hintergrund nicht, daß Liebich in der Zeit von November 2012 bis September 2013 an einem »Projekt« teilgenommen hat, das die Stiftung Wissenschaft und Politik und der German Marshall Fund of the United States eigens mit dem Ziel initiiert hatten, »Elemente einer außenpolitischen Strategie für Deutschland« zu entwickeln. Schon die Prominenz der übrigen geladenen Strategen dürfte dem Politiker der Linkspartei geschmeichelt haben: Vertreten waren neben Bundestagsabgeordneten, Ministerialbeamten und Militärs Funktionäre der Konrad-Adenauer-, der Friedrich-Ebert- und der Bertelsmann-Stiftung, mehrere Universitätsprofessoren, ein Manager der Daimler AG sowie ein Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie; die »Zeit« schickte ihren Redakteur Jochen Bittner, die »FAZ« ihren Nato- und EU-Korrespondenten Nikolas Busse. Die Arbeitsergebnisse des »Projekts« können sich gleichfalls sehen lassen; im zugehörigen Abschlußbericht mit dem schönen Titel *Neue Macht – Neue Verantwortung* heißt es unter anderem: »Wenn Deutschland die eigene Lebensweise erhalten und schützen will, muß es sich ... für eine friedliche und regelbasierte Weltordnung einsetzen; mit allen legitimen Mitteln ... einschließlich, wo und wenn nötig, den militärischen.« So sieht er aus, der von Gregor Gysi im Vorwort zu Liebichs Buch gerühmte »Denkzusammenhang, der einen Teil der pluralen Linken abbildet«.

Stefan Liebich / Gerry Woop (Hg.): *Linke Außenpolitik. Reformperspektiven*. Welttrends, Potsdam 2013, 128 Seiten, 9,90 Euro

Peer Heinel schrieb in *KONKRET* 12/13 über straflose Polizeigewalt